

## **Klimaschutzbündnis Saarland**

Presseerklärung

06.10.2023

### **Klimaschutzbündnis gegen mehr Neubaugebiete**

Noch bis Ende Oktober läuft die Frist für Stellungnahmen zum Entwurf des Landesentwicklungsplans (LEP) der Landesregierung. Trotzdem ist bereits jetzt eine Debatte über wichtige Aspekte der zukünftigen Landesentwicklung in Gang gekommen. So hat sich die CDU Saar auf ihrer Kommunaltagung in Eppelborn vor wenigen Tagen dafür ausgesprochen, die Ausweisung von Neubaugebieten zu erleichtern. Dies steht im Gegensatz zum LEP-Entwurf, der der innerörtlichen Nachverdichtung den Vorzug vor dem Neubau auf der grünen Wiese einräumt. Für ihre Stellungnahme erhält die CDU nun Gegenwind vom Klimaschutzbündnis Saar (KSB), in dem sich zahlreiche Umwelt-, Energie und Verkehrsorganisationen zusammengeschlossen haben.

Nach Meinung des KSB sollte im Saarland in Zukunft weitestgehend auf die Ausweisung von Neubaugebieten verzichtet werden. Neubaugebiete lösten angesichts schrumpfender Bevölkerung – 2050 werden laut neuesten Schätzungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung nur noch etwa 900.000 Menschen im Saarland leben – keine Probleme, sondern schufen neue. Neubaugebiete bedeuteten Versiegelung, Zersiedelung und die Zerschneidung von Landschaft. Die verkehrliche Erschließung der sich ausweitenden Siedlungsflächen durch Fuß-, Fahrrad- und öffentlichen Verkehr würde wesentlich erschwert. Der Bau von Infrastruktur (Strom- und Wasserleitungen, Verkehrswege) für die neuen Siedlungsareale verursache hohe Kosten für die öffentliche Hand. Dazu kämen langfristig umfangreiche Erhaltungsinvestitionen. Dass gerade die CDU, die stets auf rigoroses Sparen setze, dies nicht sehen wolle, stößt in den Reihen des Klimaschutzbündnisses auf Verwunderung.

Das KSB belässt es aber nicht bei Kritik an der CDU, sondern bringt konstruktive Vorschläge in die Diskussion ein. Ziel der Landesentwicklung müsse sein, den täglichen Verbrauch von Flächen für Verkehr und Siedlungen zu minimieren. Nötig sei eine kosteneffiziente Siedlungsentwicklung, die auch durch eine verstärkte Abstimmung zwischen den Kommunen und eine Hebung der Innenentwicklungspotenziale zu erreichen sei. Es gelte unbedingt, einen ruinösen Wettstreit um die meisten und besten Bauplätze zwischen den Kommunen zu vermeiden. Wenn neu gebaut werde, müsse flächensparend gebaut werden, und zwar dort, wo bereits eine gute, wohnungsnah soziale Infrastruktur (Arztpraxen, Kindergärten, Schulen) vorhanden sei. Dies wirke auch einer weiteren Zunahme des motorisierten Verkehrs, bei dem das Saarland bundesweit an der Spitze liege, entgegen.

**Das Klimaschutzbündnis Saar (KSB)** ist ein parteipolitisch unabhängiger Verbund nicht-staatlicher Akteur:innen, Organisationen und Initiativen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen und Handlungsfeldern für mehr Klimaschutz im Saarland engagieren. Uns eint die Überzeugung, dass – vor dem Hintergrund einer notwendigen globalen Klimagerechtigkeit – Klimaschutz und Klimafolgenanpassung im Saarland noch stärker und umfassender vorangetrieben werden müssen, um der saarländischen Verantwortung zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits globaler Erwärmung und den zukünftigen klimatischen und gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden.

Dem Klimaschutzbündnis Saar (KSB) gehören aktuell an:

- ADFC Saar
- Bürger-Energiegenossenschaft Bliesgau eG
- BUND Landesverband Saarland und BUND Ortsgruppe Saarbrücken
- Bundesverband Windenergie Regionalverband Saar
- Energiewende Saarland e.V.
- Fridays For Future Saarland
- Greenpeace Saar
- Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
- Parents for Future Saar
- Students For Future Saar
- Transition Town Saarbrücken e.V.
- VCD Landesverband Saarland